

LIGA DER SPITZENVERBÄNDE DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN e. V.



Deutsches
Rotes
Kreuz



LIGA MV e.V. * Wismarsche Straße 183-185 * 19053 Schwerin

Die Ministerpräsidentin des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Manuela Schwesig
- Staatskanzlei -
Schloßstr. 2-4
19053 Schwerin

Schwerin, 06.10.2025

Appell an die soziale Verantwortung

Unstrukturierte Kürzungen im sozialen Bereich gefährden den sozialen Frieden

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

mit großer Sorge nehmen wir die aktuelle Diskussion um die sozialen Ausgaben in unserem Bundesland wahr. Pauschal ist hier von steigenden Kosten und notwendigen Einsparungen die Rede.

Uns ist bewusst, dass die finanzielle Lage Mecklenburg-Vorpommerns angespannt ist. Uns ist ebenso bewusst, dass Ihre Regierung die Aufgabe hat, sparsam und kostenbewusst mit den begrenzten Haushaltsmitteln umzugehen.

Gleichzeitig möchten wir eindringlich davor warnen, im sozialen Bereich Kürzungen vorzunehmen, die dazu führen werden, das gesamte System aus der Balance zu bringen.

Konkret geht es um die von Ihrer Regierung geplanten Einsparungen im Bereich der Kindertagesförderung, bei den Hilfen für Menschen mit Behinderung und bei den vermeintlich „freiwilligen Leistungen“. In diesen Bereichen wurden von den zuständigen Ministerien bereits konkrete Sparvorhaben kommuniziert, die sich auch im eingebrachten Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes widerspiegeln.

Erschwerend kommt hinzu, dass im Bereich der vermeintlich „freiwilligen Leistungen“ schon seit Jahren gespart wird, da die Haushaltsmittel so gut wie nie dynamisiert wurden. Lohn- und Sachkostensteigerungen sind somit seit Jahren nicht berücksichtigt worden.

Wir nehmen ein verheerendes Echo aus dem sozialen Bereich auf die nun angekündigten Sparmaßnahmen wahr: Menschen mit Behinderung und deren Angehörige befürchten, dass der Zugang zu sozialen Leistungen der Eingliederungshilfe zukünftig noch schwieriger wird als ohnehin schon.

In den Kitas wird es zu Leistungseinschränkungen kommen, wenn die Eltern weniger Betreuungsstunden in Anspruch nehmen können. Die vorgesehenen kostenpflichtigen Angebote weichen zudem die Beitragsfreiheit auf. Zudem sehen wir gerade Kitas im ländlichen Raum in ihrem Bestand als akut gefährdet an. Hinzu kommen noch massive Veränderungen im Betriebsablauf

einer Kita, die auf allen Seiten zu mehr Verwaltungsaufwand führen werden. Die Risiken werden komplett auf die Kita-Träger verschoben.

Die Vorschläge im Bereich der Eingliederungshilfe werden bei landeseinheitlichen Vorgaben zur Bedarfsfestlegung für Menschen mit Behinderung zu einer Abkehr vom bundesrechtlich vorgesehenen personenzentrierten Ansatz führen.

Mitarbeitende in sozialen Einrichtungen – allen voran in den Kitas – haben große Sorge, dass die Einsparungen zwangsläufig zu noch weniger Personal und damit zu einer noch höheren Arbeitsbelastung führen werden. Und soziale Angebote im so genannten „freiwilligen“ Bereich des Sozialstaats, wie z.B. Beratungsstellen, Begegnungsstätten, der Jugendsozialarbeit oder andere niedrigschwellige Angebote, fürchten bei einem Einfrieren der Haushaltsmittel oder gar bei Kürzungen um ihre Existenz, zumal in diesen Bereichen Haushaltsansätze wiederholt nur fortgeschrieben werden und es damit faktisch seit Jahren zu Kürzungen kommt.

Träger von Angeboten sowie engagierte Haupt- und Ehrenamtliche, die diese wichtigen Strukturen in den vergangenen 35 Jahren auf- und ausgebaut haben, stehen der aktuellen Diskussion enttäuscht und kopfschüttelnd gegenüber. In Sonntagsreden werden sie für ihr soziales Engagement gelobt. Auf der anderen Seite wird ihnen von Seiten der Politik permanent gespiegelt, dass ihre Angebote zu teuer seien und an ihnen gespart werden könne.

Diesen Umgang halten wir für ein fatales Signal Ihrer Regierungskoalition. Es gefährdet nicht nur die soziale Infrastruktur, sondern damit einhergehend den sozialen Frieden in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir unterstützen die Forderung Ihrer Regierung, dass Mitarbeitende für ihre - nicht immer einfache - Tätigkeit in sozialen Einrichtungen und Angeboten angemessen vergütet werden. Auf besonderes Unverständnis stoßen Ihre Sparvorhaben bei Trägern, die die Forderungen der rot-roten Landesregierung ernst genommen haben und in den vergangenen Jahren eine tarifliche Bindung eingegangen sind. Dass die daraus resultierenden Kostensteigerungen nun von Ihrer Regierung als unverhältnismäßig kritisiert und Einsparungen an anderer Stelle nach sich ziehen sollen – dafür fehlt uns jedes Verständnis.

Die soziale Tätigkeit der freien Wohlfahrtspflege und der freien Jugendhilfe ist laut Artikel 19 der Landesverfassung M-V zu schützen und zu fördern. Zum Wohle unseres Landes erwarten wir, dass Ihre Regierung unsere Mahnung ernst nimmt und bei den Haushaltsberatungen auf pauschale und nur kurzfristig gedachte Kürzungen im sozialen Bereich verzichtet, deren umfassende Auswirkungen für die Menschen unseres Landes nicht absehbar sind.

In der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben sich die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen. In ihren Einrichtungen und Organisationen arbeiten mehr als 61.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie werden von über 10.000 Ehrenamtlichen unterstützt.

Diese Menschen erwarten von Ihnen als Ministerpräsidentin ein klares Bekenntnis, dass die sozialen Strukturen in MV auch in schwierigen Haushaltszeiten erhalten bleiben.

In Krisenzeiten, wie z.B. in der Corona-Pandemie oder mit Ausbruch des Krieges in der Ukraine und dem damit verbundenen Zustrom an hilfebedürftigen Menschen, zeigt sich eindrucksvoll, wie wertvoll eine starke und handlungsfähige soziale Daseinsvorsorge ist - gemeinsam organisiert von freien und öffentlichen Trägern. Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in M-V e.V. ist ein verlässlicher Partner für die Politik sowie ein Kümmerer und Sprachrohr für all die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die Unterstützung benötigen. Diese Verantwortung, für das Wohl der Menschen in unserem Land zu sorgen, ist auch die der Landesregierung. Es ist unsere gemeinsame Pflicht – damit Mecklenburg-Vorpommern sozial bleibt.

Wir appellieren daher an Sie, sehr geehrte Ministerpräsidentin, sich der besonderen Brisanz dieser Situation anzunehmen. Eine rot-rote Landesregierung wird besonders an einem funktionierenden Sozialsystem gemessen.

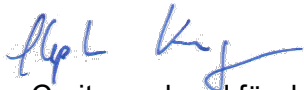
Wir sind bereit, zeitnah mit Ihnen in ein offenes Gespräch zu kommen.



Arbeiterwohlfahrt Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.



Caritasverband für das Erzbistum Hamburg e. V.



Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.



Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.



Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V.



DRK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.



Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.